

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Caspar Hirschi, Zum populistischen Konfliktverhalten

Christian Demand, Homestorys (II): Living

Michael Kimmage, Trumps Westen

Heide Volkening, Popkolumne. Aneignungsfragen

Bodo Mrozek, Sinneskolumne. Der Sensory Turn

Maren Lickhardt, Leben in der Zeit der Serialität

Wolfgang Fach, Dump Trump

Oliver Weber, Empirische Politikwissenschaft

Josef Franz Lindner, »Free Rider«: Gesundheitspolitik

Robin Detje, Ein Gastbeitrag von Thukydides



74. Jahrgang, Mai 2020

Klett-Cotta

852

Caspar Hirschi

Politik der reaktionären Gegenmoral

Zum populistischen Konfliktverhalten

Populismus ist ein glitschiger Fisch. Der Versuch, ihn theoretisch zu fassen, gestaltet sich so schwierig wie das Unterfangen, ihn politisch in den Griff zu bekommen. Es gibt keinerlei Konsens, was unter Populismus zu verstehen ist, worin seine Ursachen liegen, welche Folgen er hat, wie er erstarkt und wodurch er geschwächt wird. Es fehlt denn auch, besonders in Deutschland, nicht an Forderungen, den Begriff ganz fallen zu lassen und das Phänomen mit klarer konturierten Kategorien wie Faschismus oder Rechtsextremismus dingfest zu machen. Nur sind die Forderungen weniger vom Bemühen geleitet, die tektonischen Verschiebungen in der aktuellen Politik besser zu verstehen, als von der Absicht, die Akteure, die sie vorantreiben, per Umwidmung aus der demokratischen Ordnung zu verbannen. Es geht um politische Klarstellung, nicht um theoretische Präzisierung, weshalb neue Probleme der semantischen Unschärfe und historischen Vergleichbarkeit, die Begriffe wie Faschismus und Rechtsextremismus mit sich bringen, gerne in Kauf genommen werden.

Mit einer Abwendung vom Populismusbegriff wäre nichts gewonnen, denn die Schwierigkeit des theoretischen Zugriffs entspringt nicht einer falsch gewählten Terminologie, sondern einer Eigenschaft des Untersuchungsgegenstands. Wir haben es mit einer Politik zu tun, deren Protagonisten es darauf angelegt haben, diese einer präzisen Beschreibung zu entziehen. Sie betreiben eine Strategie der systematischen Un-Fassbarkeit. Wir kommen ihr am ehesten auf die Spur, wenn wir den Populismus nicht, wie Cas Mudde, auf eine »dünne Ideologie« reduzieren oder, wie Kurt Weyland, zu einer »politischen Strategie« rationalisieren,¹ sondern als das betrachten, als was er uns zuerst erscheint: ein kommunikatives Konfliktverhalten, dessen Funktion in der Eskalation des politischen Streits besteht.

Populistische Politiker changieren permanent zwischen verbaler Grenzüberschreitung und moralischer Entrüstung, wobei sie mit Ersterer den Boden bereiten, um nach gelungener Provokation mit Letzterer nachzu-

1 Cas Mudde / Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populism. A Very Short Introduction*; Kurt Weyrauch, *Populism: A Political-Strategic Approach*. In: Cristóbal Rovira Kaltwasser u.a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*. Beide Oxford University Press 2017.

doppeln. Populistische Polemik zielt dabei in mehrere Richtungen. Mit dem Soziologen Rogers Brubaker kann man von einer Politik sprechen, die sich an der Schnittstelle einer vertikalen und einer horizontalen Achse abspielt: Vertikal richten sich Populisten gegen das »Establishment« an der Spitze wie gegen die »Parasiten« am Boden der Gesellschaft, während sie auf der horizontalen Achse das Eigene gegen das Fremde stellen und ein geschlossenes, von außen und innen bedrohtes Kollektiv beschwören.²

Die polarisierende Rhetorik in unterschiedliche Richtungen nützt der Perpetuierung der politischen Provokation, indem Populisten die Bemühungen ihrer Gegner, sie auf eine bestimmte Position festzunageln und ihnen eine unverwechselbare Identität aufzudrücken, ins Leere laufen lassen. Sie treiben, wie der Historiker Per Leo schreibt, ein Maskenspiel, wobei ihnen das Aufsetzen einer »feindseligen Maske« dazu dient, empörte Demaskierer auf den Plan zu rufen, nur um sich diesen nach der Entlarvung in einer freundlichen Maske – und das heißt: als vermeintliches Ebenbild der Demaskierer selbst – zu präsentieren. Leo erläutert die Eskalationsfunktion dieses Spiels am Beispiel der AfD: »Hinter der Maske des Faschisten erscheint die Maske des Demokraten, hinter der Maske des Rebellen die des Bürgers, hinter der Maske Mussolinis die Stauffenbergs, hinter der Maske des Täters die des Opfers, hinter der Maske des nationalen Sozialisten die des libertären Freigeistes, hinter der Maske des Antisemiten die des antiislamischen Israelfreundes, hinter der Maske des Islamfeindes die des Feministen, hinter der Maske des Rassisten die des Völkerpluralisten, hinter der Maske des Menschenfeindes die des Christen.«³

Geht das Spiel auf, kulminiert es in der vermeintlichen Ebenbildlichkeit von Populisten und Antipopulisten, wie auf der Frankfurter Buchmesse 2017, als sich beide Seiten mit »Nazis raus!«-Parolen niederbrüllten. Ziel der Eskalation ist es, die Gegner des Populismus in »die Falle der Feindschaft« zu locken, auf dass auch sie den Boden der demokratischen Streitkultur verlassen. Dann können Populisten tun, was die AfD im Bundestag vorexerziert hat, als Thomas Kemmerich kurz nach seiner Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten auf Druck aus Berlin wieder zurückgetreten war: sich

2 Rogers Brubaker, *Why Populism?* In: Gregor Fitzl / Jürgen Mackert / Bryan S. Turner (Hrsg.), *Populism and the Crisis of Democracy*. Bd. 1: *Concepts and Theory*. New York: Routledge 2019.

3 Per Leo, *Den Kampf annehmen, ohne ihn zu führen*. In: *Zeit* vom 8. Oktober 2019 (www.zeit.de/kultur/2019-10/rechtspopulisten-umgang-gespraech-diskussionsfuehrung-argumentation-per-leo/komplettansicht).

die Maske der wahren Demokraten aufsetzen und ihre Gegner zu Totengräbern demokratischer Grundregeln erklären.

Ein solches Spiel kann nur treiben, wer sich nicht auf eigene Werte und schon gar nicht auf eine geschlossene Ideologie berufen muss, sondern in der Verhöhnung des Gegners aufgehen kann. Der Gegenwartspopulismus in Europa und Amerika wird von einer reaktionären Antipolitik geleitet, die problemlos ohne einen positiv besetzten Fluchtpunkt auskommt. Der Politologe Paul Taggart hat bereits vor zwanzig Jahren vom »leeren Herzen« des Populismus gesprochen, womit er eine auffällige Absenz von Leitwerten meinte, aus der Populisten eine »chamäleonhafte« Anpassungsfähigkeit gewannen. Heute gilt das noch mehr. Die vielbeschworene Alternative zur Politik des »Establishments« setzt sich aus der Negation all dessen zusammen, wofür dieses angeblich steht. Populisten stellen ihren Nationalchauvinismus gegen den progressiven Internationalismus, ihre Überhöhung »abendländischer« Werte gegen den urbanen Multikulturalismus, ihre Ausgrenzung von Ausländern gegen die Willkommenskultur und ihre verbalen Grenzüberschreitungen gegen die Gebote des diskriminierungsfreien Sprechens. Im reaktionären Habitus liegt die spezifische Un-Fassbarkeit des Populismus, die ihn unter Gegnern wie Anhängern zu einer Projektionsfläche für stark divergierende Vorstellungen und Erwartungen macht.

Eskalation durch Interaktion

Wer populistischen Provokationen ausgesetzt ist, kann sich der Auseinandersetzung schwer entziehen. Es gibt verbale Verstöße, die eine kategorische Zurückweisung erfordern, zum Beispiel offen rassistische, homophobe oder antidemokratische Aussagen. Sobald aber jede Provokation im Graubereich des Tolerierbaren einen Entrüstungssturm zu entfachen vermag, drehen auch Antipopulisten an der Eskalationsspirale. Populisten sind darauf angewiesen, dass sie Empörung auslösen, sonst läuft ihr Konfliktverhalten ins Leere. Eskalation geht nur durch Interaktion.

Wie leicht Populisten die demokratische Streitkultur in einen verbalen Grabenkrieg verwandeln, wenn nahezu jede ihrer Provokationen angenommen und in medialen Reinigungsritualen verdammt wird, zeigt sich seit der Wahl von Donald Trump in den Vereinigten Staaten. Ebenso ist dort zu sehen, wie das moralische Überschießen auf Seiten der Antipopulisten zum Bumerang wird. Aus den Reihen der Demokraten wurden bereits kurz nach den Wahlen Rufe nach einem Impeachment laut, ohne dass sie Beweise für ein Verbrechen des Präsidenten in der Hand hatten. Die Rufe steigerten sich zum Chor im Zuge der Ermittlungen zu »Russiagate«, doch auch

diesmal blieben die erhofften Beweise aus. Als sie dann plötzlich doch vorlagen, frisch erbracht aus unerwarteter Quelle und sichtbar für alle, und den Demokraten gar nichts anderes übrigblieb, als Trump anzuklagen, fiel es den Republikanern leicht, das Impeachment als parteiische Verschwörung abzulehnen. Verurteilt man Populisten auf Vorrat, schadet man der eigenen Sache, wenn sie tatsächlich die schlimmsten Erwartungen erfüllen.

Zugleich verdeutlicht das Beispiel der USA, dass der politische Streit in einer Demokratie bereits zu einem hohen Grad polarisiert und blockiert sein muss, damit populistisches Konfliktverhalten eine Eskalationsspirale in Gang setzen kann. Mit Grenzüberschreitungen und Maskierungen lässt sich am einfachsten Empörungssenergie erzeugen, wenn der öffentliche Diskurs von starken Tabuisierungen und Identitätszuschreibungen geprägt ist. Darin ist denn auch eine gemeinsame Grundlage für das Erstarken des Populismus in Europa und Amerika zu sehen, mehr als in angeblichen Gräben zwischen Nomaden und Sesshaften, Metropolen und Provinzen, Reichen und Armen. Will man den Treibern des Gegenwartspopulismus auf die Spur kommen, muss man sich mit den Veränderungen in der politischen Streitkultur der letzten Jahrzehnte befassen.

Wertewandel und Konfliktverhalten

Als Einstieg bietet sich dazu die Theorie der »Stillen Revolution« von Ronald Inglehart an, die er 1971 erstmals formuliert und jüngst mit Pippa Norris unter dem Titel *Cultural Backlash* aktualisiert hat.⁴ Inglehart wollte so erklären, wie der Wertewandel in der postindustriellen Gesellschaft die Ausprägung politischer Konflikte verändert. Ihm zufolge teilten Bourgeoisie und Proletariat in der Industriegesellschaft »bestimmte materialistische Werte«. Ihren Konflikten sei keine normative Fundamentalopposition zugrunde gelegen, sondern die ökonomische Konstellation, »dass eine Partei das, was die andere Partei wollte, hatte und überwiegend behalten wollte«. Demnach begünstigten die gemeinsamen Werthaltungen von Arbeitern und Bürgern Konflikte um teilbare Güter in der Form von Verteilungskämpfen.

Inglehart prognostizierte 1971, der wachsende Wohlstand der Nachkriegsgesellschaft werde die Konfliktrichtigkeit nicht etwa mindern, son-

4 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*. In: *American Political Science Review*, Nr. 65/4, Dezember 1971; Pippa Norris/Ronald Inglehart, *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge University Press 2019.

dern steigern, weil sich mit ihm eine neue normative Ordnung durchsetze. Er sprach von »postbürgerlichen« Werteprioritäten, die aufgrund ihrer universellen Geltungsansprüche tiefere, nicht mehr entlang von ökonomischen Bruchlinien verlaufende Gräben aufreißen würden. Zuerst nur »in einem kleinen, aber kritischen Ausschnitt« der materiell gesättigten Mittelklasse verankert, würden sie sich, weitere Wohlstandsgewinne vorausgesetzt, in Opposition zum Rest der Gesellschaft ausbreiten. Das war für Inglehart die »Stille Revolution«, und er erwartete von ihr eine stärker polarisierte Konfliktkultur, die nicht mehr von staatstragenden Massenparteien, sondern von sozialen Bewegungen dominiert werde. Schon 1977, als er die Theorie der »Stillen Revolution« in Buchform präsentierte, hielt es Inglehart für möglich, dass die Unterstützung für staatliche Institutionen erodieren und ein »Backlash« von Gruppen mit nationalen und materiellen Werteprioritäten erfolgen werde.⁵

Ingleharts Theorie hat auf den ersten Blick viel für sich, aber auf den zweiten stimmt weder die geschichtliche Einbettung noch der prognostische Entwurf. Die Charakterisierung der Industriegesellschaft als materialistische Wertegemeinschaft dürfte höchstens der unmittelbaren Nachkriegszeit entsprochen haben, als das Wirtschaftswunder die ideologischen Fronten zwischen Konservatismus, Kapitalismus und Kommunismus aufweichte. Ähnliches gilt für den Gegensatz von Materialismus und Antimaterialismus, den Inglehart jüngst bis in die Gegenwart verlängert hat, um den Aufstieg des Rechtspopulismus zu erklären. Mag der Gegensatz die politischen Verwerfungen um 1970 noch geprägt haben, so ist er längst einem polarisierenden Geltungskonsum gewichen, an dem sich solvente Wertekollektive aller Art mit symbolisch aufgeladenen Gütern vom Avocado-toast über die Jeans-Marke bis zum Pickup-Truck beteiligen. Entsprechend spielt dieser Gegensatz in heutigen Konflikten zwischen Populisten und Antipopulisten kaum noch eine Rolle.

Aufschlussreich an der Theorie der »Stillen Revolution« ist der behauptete Zusammenhang von Wertewandel und Konfliktverhalten. Um ihn auf den Populismus anzuwenden, bedarf es aber einer zusätzlichen Differenzierung. Normativer Widerstreit und politischer Konflikt stehen nicht in einem Ursache-Wirkungs-Verhältnis zueinander. Eine Polarisierung von Werteprioritäten führt nicht zwingend zu einer Verschärfung des Streits. Es gibt zwei weitere, miteinander verbundene Faktoren, die von Belang sind: der Grad der Dissenstoleranz und die Form der Konfliktaustragung.

5 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton University Press 1977.

Ihre Bedeutung lässt sich gerade am Beispiel der Beziehung von Arbeiterschaft und Bourgeoisie aufzeigen. Der Klassengegensatz war, wie Helmut Dubiel gezeigt hat, durchaus von fundamentalen Wertegegensätzen geprägt: hier die Solidarität des Arbeiterkollektivs, dort die Selbstverantwortung des bürgerlichen Individuums.⁶ Entsprechend unversöhnlich und gewalttätig konnte der Klassenkampf über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts ausgetragen werden. Die Entspannung im Zuge der Nachkriegszeit lag neben dem wachsenden Wohlstand breiter Schichten auch daran, dass beide Konfliktparteien ihre Werte defensiver vertraten und damit der anderen Seite weniger aufdrängten. Das stärkte die wechselseitige Anerkennung und ermöglichte wiederum Formen des geregelten, auf Kompromisse ausgerichteten Konfliktverhaltens wie den Tarifstreit oder die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. So wurde die normativ aufgeladene Konfrontation auf dem Verfahrensweg in einen Streit um Interessen überführt, ohne dass der Widerstreit der Werte aufgelöst werden musste.

Der Soziologe Wolfgang van den Daele unterscheidet soziale Konflikte idealtypisch danach, ob es in ihnen um Interessen oder um Werte geht.⁷ Streit um Werte genieße höhere Anerkennung, denn es gelte die Regel, »Argwohn gegenüber Interessen zu hegen, Werte aber respektabel zu finden«. In normativen Konflikten geht es um das Allgemeine, nicht das Eigene, um Ideelles, nicht Materielles. Wer für Werte kämpft, engagiert sich, wer sich für Interessen einsetzt, lobbyiert.

Dagegen wendet van den Daele ein: »Wenn man den sozialen Frieden im Auge hat, sollte man aber vielleicht eher umgekehrt verfahren.« Gestützt auf Albert Hirschman definiert er Streit um Interessen als »teilbar«. ⁸ Denn dieser dreht sich um knappe Güter und Ressourcen, ein »Mehr oder Weniger an Macht, Status, Reichtum, beruflichen Chancen usw.«. Den Streitenden fällt es leichter, die Position der Gegenseite als legitim anzuerkennen, und sie sind eher kompromissbereit. Bei Wertekonflikten ist es umgekehrt. Steht die Geltung von Rechten, die Durchsetzung von Normen und die Ein-

6 Helmut Dubiel, *Integration durch Konflikt?* In: Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), *Soziale Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 39, 1999.

7 Wolfgang van den Daele, *Streitkultur. Über den Umgang mit unlösbaren moralischen Konflikten im Nationalen Ethikrat*. In: Dieter Gosewinkel/Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.), *Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit. WZB-Jahrbuch 2007*. Berlin: edition sigma 2008.

8 Albert O. Hirschman, *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?* In: *Leviathan*, Nr. 22/2, 1994.

haltung moralischer Gebote zur Debatte, »geht es um alles oder nichts, der Spielraum für Kompromisse tendiert gegen Null«. Sie gehören der Kategorie der unteilbaren Konflikte an. Die Gegenseite als legitim anzuerkennen fällt schwer, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen umso leichter. Es gibt kaum etwas zu verhandeln. Nur eine »Entweder-oder-Lösung« erscheint vorstellbar.

Nun sind in der sozialen Realität Werte und Interessen oft vermischt, und der Gegenstand des Dissenses gibt nicht zwingend die Form der Konflikt austragung vor. Ein Streit um Werte kann unter Umständen geführt werden wie ein Interessensausgleich – und umgekehrt. Van den Daele führt das Beispiel von Ethikräten an, die bei starkem Dissens am ehesten beratungsfähig seien, wenn sie der moralischen Konfrontation die »fundamentalistische Spitze« brechen, indem sie die Auseinandersetzung als Teil eines demokratischen Entscheidungsverfahrens verstehen: »Es verschiebt den unteilbaren Wertekonflikt über moralische Geltung zu einem teilbaren Interessenkonflikt über politische Macht.« Als Resultat einer solchen Verschiebung ist die Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch zu sehen. Moralisch gesehen ist sie unbefriedigend, denn sie schützt weder das ungeborene Leben noch die Selbstbestimmung der Frau. Aus politischer Sicht jedoch erweist sich der »Wertekuhhandel« als tragfähiger Interessensausgleich, der alle Fundamentalisten gleich unglücklich macht und, wenn er unter Gemäßigten breite Akzeptanz gefunden hat, ein Festhalten an moralisch konsequenten Positionen erschwert.

Ideologische Mäßigung, politische Verschärfung

Dem Gegenwartspopulismus in Westeuropa und Nordamerika liegt ein umgekehrter Prozess zugrunde. Politischer Streit wird zunehmend im Modus des unteilbaren Wertekonflikts ausgetragen, auch dann, wenn es genauso um Interessen oder Macht geht. Nehmen Auseinandersetzungen um teilbare Güter nicht die Gestalt eines bedingungslosen Ringens um Entweder-oder-Lösungen an, droht dem Streit der Entzug der öffentlichen Aufmerksamkeit und den Streitenden der Verlust der sozialen Anerkennung. Aus Gegnern werden Feinde, denen man mit moralischer Entrüstung, aber nicht mit Kompromissbereitschaft begegnen soll. Man punktet politisch leichter mit konsequenten Haltungen als mit praktikablen Lösungen.

Verblüffend an diesem Phänomen ist, dass ihm, zumindest im westlichen Europa, keine entsprechende Polarisierung von Werteprioritäten zugrunde liegt. Was die Entwicklung gesellschaftlicher Werte angeht, gibt es seit Jahrzehnten nur eine Richtung: von progressiv zu progressiver. Für Großbritan-

nien hat eine seit über dreißig Jahren laufende Längsschnittstudie gezeigt, dass Einstellungen zu Geschlechterrollen, Homosexualität, Ehe, Abtreibung und Sterbehilfe in allen Gesellschaftsschichten und Generationen liberaler geworden sind, ja dass sich der Trend parallel zum Aufstieg des Rechtspopulismus noch beschleunigt hat. Selbst die Akzeptanz von Immigranten hat sich seit der Jahrtausendwende – in einer Zeit rekordhoher Einwanderung – markant erhöht. Roger Harding, der Leiter der Studie, nahm die Befunde von 2017 denn auch zum Anlass, Diagnosen eines Kulturkriegs oder einer Spaltung der Nation in »Anywheres« und »Somewheres« stark zu relativieren.⁹

Der progressive Fundamentaltrend spiegelt sich ebenfalls in der Politik. Wenn in Deutschland die CDU und in Großbritannien die Tories die Ehe für alle einführen, ohne vom eigenen Wahlvolk verlassen zu werden, ist nur ein Schluss möglich: Dem klassischen Wertekonservatismus, der sich um Ehe, Familie und Kirche drehte, ist die soziale Basis bereits weggebrochen. Gesellschaftlicher Dissens kann sich noch um das Tempo und Ausmaß, aber kaum mehr um die Richtung des Wandels drehen. Einmal erworbene Errungenschaften der sozialen Liberalisierung werden so gut wie nie rückgängig gemacht, sondern selbst von homosexuellen Rechtspopulistinnen in aller Selbstverständlichkeit genossen. Es stellt sich nur die Frage, wann und wie sie weiter ausgebaut werden.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat viel mit der Verwandlung jener gesellschaftlichen Kräfte zu tun, die sie antreiben. Die progressive Linke, die Inglehart 1971 im Blick hatte, blieb zwar dem Antinationalismus treu, hat sich aber sonst, ausgehend von den Vereinigten Staaten, ideologisch neu erfunden. Der Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung von Armen und Arbeitern trat in den Hintergrund, jener gegen die institutionelle Diskriminierung von Minderheiten und Frauen in den Vordergrund. Die Diskurse drehten sich weniger um Strukturen als um Identitäten, weniger um Gleichheit als um Diversität. Gleichzeitig wurde der Geltungsanspruch universeller Werte unter dem Einfluss von Postkolonialismus und Multikulturalismus zurückgenommen, besonders gegenüber Kulturen, die Diskriminierungen durch Weiße erlitten haben.

9 Kap. »Moral Issues« in: Elizabeth Clery u.a. (Hrsg.), *British Social Attitudes* 34. London: NatCen Social Research 2017 (www.bsa.natcen.ac.uk/media/39196/bsa34_full-report_fin.pdf). Die einzige Kohorte, die sich seit den 1980er Jahren teilweise in die entgegengesetzte Richtung bewegt hat, sind Angehörige »nichtchristlicher Religionen«: *British Social Attitudes* 30. London 2013, Kap. »Personal Relationships« (www.bsa.natcen.ac.uk/media/38723/bsa30_full_report_final.pdf).

Die Neuausrichtung ermöglichte es progressiven Linken, sich mit dem Kapitalismus auszusöhnen. Unternehmen waren nur zu gerne bereit, der Forderung nach diverseren Führungsteams nachzugeben, ja Diversität zum Produktivitätsfaktor zu erheben, wenn sie dafür vom Druck entlastet wurden, ihre Gewinne gerechter zu verteilen. Gleichzeitig steigerte die Wertschätzung pluralistischer Lebensformen die Nachfrage nach identitätsstiftenden Gütern von hohem Distinktionswert und schuf mit der Zeit einen eigenen Markt für fortschrittlich-kreativen Konsum.

Wie aber konnte es passieren, dass der Siegeszug einer progressiven Bewegung, die sozial breiter abgestützt, ideologisch moderater und kommerziell anschlussfähiger wurde, mit einer Verschärfung des politischen Streitverhaltens einherging? Die Antwort ist wiederum in Veränderungen der Disenstoleranz und des Konfliktverhaltens zu suchen. Die Historikerin Jill Lepore spricht für die Vereinigten Staaten in *Diese Wahrheiten* von einer Wende, die Mitte der 1970er Jahre an kalifornischen Universitäten eingesetzt habe, als »die Linke anfang, wie die Rechte zu klingen«.¹⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt hatten Progressive das »Free Speech Movement« angetrieben, um auf dem Campus Veranstaltungen für die Bürgerrechtsbewegung und gegen den Vietnamkrieg durchzuführen, während Konservative wie der damalige Gouverneur Ronald Reagan argumentierten, man solle dissidenten Minderheiten nicht »das Prestige unserer Universitätsgelände für die Präsentation ihrer Ansichten verleihen«, und das Recht auf Redefreiheit verlange nicht, »ein Podium für den Redner einzurichten«.¹¹ Als die Universitäten mehrheitlich in progressiver Hand waren, kündigte die Linke die Verpflichtung zur offenen Debatte auf und gründete ein »No Platform Movement« gegen Redner mit »rassistischen oder faschistischen Ansichten«. Damit, so Lepore, wurde »das Unterdrücken von Hassreden, das eine Generation zuvor das Projekt von FBI-Agenten gewesen war, die gegen Bürgerrechtler ermittelten, zum Werk der Universität«.

Anders als die Rechte verhängte die Linke ihre Redeverbote auf dem Campus nicht zur Machtzementierung der privilegierten Mehrheit, sondern zum Schutz diskriminierter Minderheiten. Damit konnte sie ihnen eine höhere moralische Dringlichkeit verleihen. Lepore ordnet den *trauma studies*, die an amerikanischen Universitäten in den 1980er aufkamen, eine wichtige Verschärfungsfunktion zu. Wertet man Wörter zu Waffen auf, die Menschen

10 Jill Lepore, *Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*. München: Beck 2019.

11 Jill Lepore, *Flip-Flopping on Free Speech*. In: *The New Yorker* vom 1. Oktober 2017 (www.newyorker.com/magazine/2017/10/09/flip-flopping-on-free-speech).

schwer verletzen können, ist Zensur eine Notwendigkeit. Sie ist es umso mehr, wenn gleichzeitig die Sensibilität für Diskriminierungen steigt und Menschen mit einer Diskriminierungsgeschichte als Opfer traumatischer Erfahrungen anerkannt werden.

»Trauma« steht dabei für individuelles wie kollektives, persönliches wie ererbtes Leiden. Als solches steigert es sich zu einer Kategorie des Vergleichs, dann der Konkurrenz zwischen diskriminierten Gruppen. Es erleichtert die Imagination einer symbolischen Hierarchie der ethnischen und geschlechtlichen Identitäten, abgestuft nach Unterdrückungsgraden und stabilisiert von einer Hackordnung, in der nur von oben nach unten gepickt werden kann. »Privilegiert« und »diskriminiert« werden relationale Attribute: Mit wem man es zu tun hat, bestimmt, was man ist. Ein weißer Schwuler wandelt sich, sobald er es nicht mehr mit weißen, sondern mit schwarzen Heteros zu tun hat, vom Exponenten einer diskriminierten Minderheit zum Profiteur des »white male privilege«.

Diskriminierungsfrei zu sprechen schließt mehr ein als die Selbstverpflichtung von Privilegierten, gegenüber benachteiligten Gruppen auf historisch belastetes Vokabular zu verzichten. Es bedeutet, sie mit Kritik zu verschonen. Dadurch schränkt die progressive Politik ihren emanzipatorischen Anspruch ein. Noch 1976 konnte Michel Foucault über die ehemaligen Gefangenen, für die er sich engagierte, schreiben, sie hätten sich von einer »naiven, archaischen Ideologie durchdringen lassen, die aus dem Straffälligen nicht nur ein unschuldiges Opfer, sondern auch den reinen Aufständischen macht«.¹² Seine Kritik entsprang der enttäuschten Erwartung, die Unterdrückten würden sich die Normen der progressiven Politik zu eigen machen. Heute werden diskriminierte Minderheiten, indem sie vor Kritik in Schutz genommen werden, auch von der Erwartung entlastet, selber progressive Wertvorstellungen zu erfüllen.

Das hat paradoxe Effekte. Die Neuausrichtung der progressiven Linken schärfte den Blick für das moralische Dilemma jedes emanzipatorischen Engagements, das zugleich mit universellen Werten Diskriminierung bekämpft und diskriminierte Minderheiten in ihrem Anspruch auf kulturelle Selbstbestimmung unterstützt. Im Zentrum des Dilemmas steht die Frage, wie mit Diskriminierungen unter Diskriminierten umzugehen ist. Obwohl sie sich in der politischen Praxis laufend stellt, ist es nicht gelungen, das Dilemma im öffentlichen Diskurs als solches thematisierbar, geschweige denn dis-

12 Michel Foucault, *La fonction politique de l'intellectuel*. In: Ders., *Dits et écrits III* (1976–1979). Paris: Gallimard 1994.

kutierbar zu machen. Stattdessen wird es in zwei Varianten gelehnet: durch Tabuisierung und Stigmatisierung.

Symptomatisch dafür war der Wahlkampf von Pete Buttigieg, dem ersten offen schwulen Präsidentschaftskandidaten der USA und Senkrechstarter im demokratischen Lager. Buttigieg hatte ein Problem, das ihm letztlich zum Verhängnis wurde. Er erhielt kaum Unterstützung von Afroamerikanern. Noch gravierender war, dass ihm die Medien und Mitbewerber daraus einen Strick drehten. Sie warfen ihm »Unfähigkeit« vor, landesweit schwarze Wähler zu erreichen, und suchten die Ursachen dafür in seiner Lokalpolitik als Bürgermeister der Kleinstadt South Bend im Mittleren Westen. Die naheliegende Frage jedoch, ob die mangelnde Unterstützung auch durch eine breite Ablehnung seiner sexuellen Orientierung bedingt sein könnte, durfte im demokratischen Lager nicht gestellt werden, obwohl Umfragen zeigen, dass schwarze Demokraten gegenüber Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen weniger aufgeschlossen sind als weiße.¹³ Wer das Problem dennoch ansprach, wurde sogleich unter Rassismusverdacht gestellt.¹⁴ So gingen Tabuisierung und Stigmatisierung Hand in Hand.

Ein drastischeres Beispiel für dasselbe Problem ist die beredte Sprachlosigkeit über den antisemitisch motivierten Anschlag auf ein koscheres Geschäft in New Jersey durch schwarze Fanatiker im Dezember 2019. Vier Menschen wurden ermordet, darunter zwei orthodoxe Juden, aber es gab weder einen

13 Gemäß den Daten des *General Social Survey* finden über achtzig Prozent der weißen Demokraten mit Collegeausbildung an homosexuellen Beziehungen nichts falsch, bei weißen Demokraten ohne Collegeausbildung sind es mehr als sechzig Prozent, bei schwarzen Demokraten mit Collegeausbildung gut fünfzig, bei schwarzen Demokraten ohne Collegeausbildung weniger als zwanzig Prozent. Als Barack Obama 2008 Präsident werden wollte, hielt er es für nötig, sich »als Christ« gegen die Ehe zwischen Homosexuellen auszusprechen. Jahre später räumte sein Berater David Axelrod ein, Obama habe gelogen, um sich die Stimmen gläubiger Schwarzer, unter denen der Widerstand gegen die Homo-Ehe »besonders stark« gewesen sei, zu sichern. Amelia Thomson-DeVeaux, *Are Some Democratic Voters Reluctant to Support a Gay Candidate?* In: *Fivethirtyeight* vom 7. November 2019 (fivethirtyeight.com/features/are-some-democratic-voters-reluctant-to-support-a-gay-candidate/); David A. Graham, *Yes, Obama Was Lying About Opposing Same-Sex Marriage*. In: *The Atlantic* vom 10. Februar 2015 (www.theatlantic.com/politics/archive/2015/02/yes-obama-was-lying-about-opposing-same-sex-marriage/385333/)

14 Charles M. Blow, *Stop Blaming Black Homophobia for Buttigieg's Problems!* In: *New York Times* vom 7. November 2019 (www.nytimes.com/2019/11/06/opinion/pete-buttigieg-black-homophobia.html); Jonathan Capehart, *The ugly lie about black voters and Pete Buttigieg*. In: *Washington Post* vom 8. November 2019 (www.washingtonpost.com/opinions/2019/11/08/ugly-lie-about-black-voters-pete-buttigieg/).

medialen Aufschrei noch eine klärende Debatte über die Hintergründe des Hasses im Umfeld der Black Hebrew Israelites.¹⁵ Wenige Wochen später kam es zu einer Messerattacke eines schwarzen Antisemiten auf orthodoxe Juden in New York, diesmal mit fünf Verletzten, und wieder war die öffentliche Reaktion außerhalb jüdischer Gemeinden betretenes Schweigen und rasches Verdrängen.

Im Kampf gegen Diskriminierung hat sich ein Konfliktverhalten durchgesetzt, das nicht nur Kritik an Diskriminierten, sondern auch am eigenen Vorgehen zu unterbinden versucht. Es wird unterstellt, Konsens über das Ziel schließe Dissens über die Mittel aus. Dadurch erzeugt die progressive Politik einen enormen Konformitätsdruck. Diskussionen über den Umgang mit moralischen Dilemmata, unintendierten Effekten und blinden Flecken des eigenen Engagements werden erschwert. Das Konfliktverhalten minimiert die Dissenstoleranz nach innen und außen, mit der Folge, dass die Bereitschaft und die Fähigkeit verloren gehen, die jeweilige Distanz zu Andersdenkenden richtig zu erfassen. Entsprechend schnell passiert es, dass Kritik aus den eigenen Reihen als feindlicher Akt eingeordnet wird und jene, die sie zu äußern wagen, moralisch abgeurteilt und symbolisch ausgeschlossen werden. Ein potentielles Ringen um Strategien oder Schwerpunkte, also ein klassisch teilbarer Konflikt, wird als normativer Grundsatzstreit gerahmt und damit zum unteilbaren Konflikt verschärft.

Heterodoxe Liberale haben so unter Umständen dieselben Sanktionen zu gewärtigen wie Rassisten und Sexisten. 2018 wollte Ian Buruma, der Chefredakteur der *New York Review of Books*, ein moralisches Dilemma der #MeToo-Bewegung zur Diskussion stellen, indem er einen Radiomoderator, der von mehreren Frauen des sexuellen Missbrauchs angeklagt, von seinem Arbeitgeber gefeuert, öffentlich verurteilt, aber gerichtlich freigesprochen wurde, über seine Erfahrungen schreiben ließ.¹⁶ Wenige Tage später musste Buruma selber zurücktreten, nachdem seine Einladung zur Diskussion mit einem moralischen Aufschrei abgelehnt worden war, Universitätsverlage mit dem Rückzug ihrer Inserate gedroht hatten und Mitglieder der eigenen Redaktion zu ihm auf Distanz gegangen waren.

Dass es Progressiven so leicht fällt, auf die Äußerung von Dissens mit Exklusion statt mit Diskussion zu antworten, hat in den USA auch damit

15 Yascha Mounk, *The Political Inconvenience of the Jersey City Shooting*. In: *The Atlantic* vom 12. Dezember 2019 (www.theatlantic.com/ideas/archive/2019/12/political-inconvenience-jersey-city-shooting/603472/).

16 Jian Ghomeshi, *Reflections from a Hashtag*. In: *NYRB* vom 11. Oktober 2018 (www.nybooks.com/articles/2018/10/11/reflections-hashtag/).

zu tun, dass ihnen schon früh eine reaktionäre Fundamentalopposition aus konservativen Kreisen erwuchs. Wie Lepore in *Diese Wahrheiten* ebenfalls zeigt, besetzten radikalisierte Rechte die verwaiste Position als Verteidiger der Redefreiheit und schossen sich nach der Abschaffung der »fairness doctrine« unter Ronald Reagan 1987 mit Hasstiraden und Verschwörungstheorien auf Progressive ein, zuerst im Radio, dann im Fernsehen, schließlich im Internet. Die Verteidigung konservativer Werte trat hinter dem Resentiment gegen alles »Liberale« zurück. Rechte Propagandisten rückten Bemühungen um ein diskriminierungsfreies Sprechen mit dem Begriff der »political correctness« in die Nähe des Stalinismus, verhöhnten Opfer rassistischer oder sexistischer Diskriminierung als »cry babies« oder erklärten sie gleich zu Tätern, um den Status der wahren Opfer auf ihr überwiegend weißes Publikum zu übertragen.

Damit begaben auch sie sich auf das Terrain der Opferkonkurrenz, nur trieben sie dort ein Doppelspiel der Imitation und Inversion. Als sich der Kampfplatz ins Internet verlagerte, konnten sie ihr Maskenspiel direkt vor den Augen progressiver Aktivisten aufführen und diese damit leichter in moralische Dauererregung versetzen. Je stärker sich die Linke von populistischen Provokationen absorbieren ließ, desto intoleranter wurde sie gegenüber Irritationen aus dem eigenen Lager, woraus reaktionäre Kräfte wiederum Kapital für ihre Selbstdarstellung als Verteidiger der Redefreiheit schlugen.

Lange glaubten Liberale und Progressive, sie könnten reaktionäre Gegenmoralisten mit Appellen an gesellschaftliche Grundwerte, die auch viele Konservative teilten, in Schach halten. Auf diesem Glauben beruhte die mediale Skandalisierungsstrategie gegen Trump im Wahlkampf 2016. Dass ein Präsidentschaftskandidat, der sich rassistisch und sexistisch äußerte, seine Frau mit einer Pornodarstellerin betrog und mehrerer sexueller Übergriffe beschuldigt wurde, von einer überwältigenden Mehrheit gläubiger Konservativer gewählt würde, schien undenkbar. Trump wurde wie eine Blase behandelt, die unter steigendem Empörungsdruck platzen müsse. Bekanntlich geschah das Gegenteil. Konservative fanden an Trump mit jedem heil überstandenen Skandal mehr Gefallen. Hier war einer, der tat und sagte, was er wollte, ohne dass ihm die Sanktionsgewalt der progressiven Moral etwas anhaben konnte.

Das wirkte besonders befreiend auf weiße Amerikaner, die keine universitäre Sozialisierung genossen hatten und den ständig verschärften Anforderungen des diskriminierungsfreien Sprechens etwa so gut gewachsen waren wie Bauern des Ancien Régime den Vorschriften der französischen Hofsprache. Wer progressive Moral als Distinktionsverhalten akademisch

Gebildeter erlebte, konnte in Trump einen Widerstandskämpfer sehen, der sich unter medialem Dauerbeschuss den Nimbus der Unverwundbarkeit erworben hatte. So machten sich Konservative den größten Feind ihrer Feinde zum Freund. Der Preis, den sie dafür bezahlten, war ihre eigene Degradierung zum Spielball einer Politik der reaktionären Gegenmoral, die von konservativen Wertvorstellungen so weit entfernt ist wie der Lebensstil Donald Trumps von jenem Mike Pence’.

Die illiberale Demokatur als populistischer Fluchtpunkt?

Wenn der politische Sieg des Populismus in den Vereinigten Staaten weniger einem Auseinanderdriften gesellschaftlicher Werteprioritäten als einer Verschärfung des politischen Konfliktverhaltens entspringt, so gilt dies erst recht für Europa. In keinem westeuropäischen Staat konnten Rechtspopulisten aus einem großen Reservoir an religiösen Konservativen schöpfen, und nur in Großbritannien und Italien durften sie mit der Unterstützung reaktionärer Massenmedien rechnen. Der progressive Fundamentaltrend ist in Westeuropa breiter abgestützt als in den Vereinigten Staaten, und entsprechend schlecht ist es Rechtspopulisten in den meisten Ländern gelungen, eine mediale Gegenöffentlichkeit in Presse, Radio und Fernsehen aufzubauen. Umso wichtiger ist für sie das Internet. Seine Aufmerksamkeitsökonomie begünstigt polarisierendes Konfliktverhalten mit Freund-Feind- und Opfer-Täter-Rhetoriken und bietet Populisten eine perfekte Plattform für Provokationen und Polemiken, mit denen sie wiederum die Aufmerksamkeit von Presse, Radio und Fernsehen auf sich ziehen.

Mehr als in den Vereinigten Staaten eröffnet sich damit Rechtspopulisten in Europa die Möglichkeit, den Spieß des Antipluralismus, mit dem ihre Demokratiefähigkeit in Frage gestellt wird, umzudrehen und sich gegenüber den etablierten Medien zu Verteidigern des Meinungspluralismus aufzuschwingen. Die AfD macht von dieser Möglichkeit besonders eifrig Gebrauch. Mit ihren Polemiken gegen die »Lügenpresse«, die »Elite« und die »politische Korrektheit« evoziert sie eine antipluralistische Einheitsfront, gegen die sie sich selbst als einzig wahre Alternative positioniert. Der populistische Tabubruch wird zum Akt der gelebten Meinungsfreiheit und die ebenso rituelle Entrüstung darüber zum Beweis für das Meinungsdictat des Establishments. Lässt sich das Spiel perpetuieren, trägt es Züge einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Auch in Europa profitieren Rechtspopulisten von der erodierenden Disenstoleranz und dem dadurch gesteigerten Hang zu Tabuisierungen und Stigmatisierungen im Konfliktverhalten unter Progressiven. Exemplarisch

zeigt sich der Zusammenhang in der Kopftuchkontroverse. Sie ist die kontinentaleuropäische Ausprägung des progressiven Wertedilemmas, wie emanzipatorische Politik der Gefahr des diskriminierenden Handelns im Umgang mit Diskriminierungen unter Diskriminierten entgehen kann. Sachlich gesehen, reduziert sich die Kontroverse auf die Frage, wie man zwei Leitwerte, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung religiöser Minderheiten, gegeneinander abwägt. Allein, die Frage wird im Streit um das Kopftuch konsequent ausgeblendet, was progressiven Aktivistinnen beider Lager die Gelegenheit gibt, ihre Werteprioritäten absolut zu setzen und sich gegenseitig als Rassistinnen und Fundamentalisten zu brandmarken. Wer das Kopftuch als Symbol der religiösen Identität verteidigt, wird zur Komplizin der iranischen Mullahs erklärt; wer es als Symbol der Unterdrückung der Frau verurteilt, zum Gehilfen der Rechtspopulisten. Dabei sind es beide Seiten, die durch ihre kollektive Verweigerung, eine demokratisch angemessene Streitform zu finden, dazu beitragen, dass die Rechte das Thema besetzen und durch Schüren antimuslimischer Ressentiments bewirtschaften kann.

Wie in Amerika gehen in Deutschland die Verschärfungen des progressiven Konfliktverhaltens maßgeblich von Universitäten aus. Federführend sind dabei kleine, aber lautstarke Gruppen von Studierenden und Forschenden, die meist nur periphere Positionen innerhalb ihrer Institution einnehmen. Dass es ihnen gelingt, die Universität medienwirksam als Plattform für ihre No-Platform-Politik zu nutzen, hängt auch an der politischen Passivität der akademischen Mehrheit, die sich im Hamsterrad des wissenschaftlichen Projektierens und Publizierens dreht, des akademischen Diskutierens müde geworden ist oder einen öffentlichen Einspruch gegen Linksaußen für das falsche Zeichen hält. Kommt es an der eigenen Hochschule zu einem Angriff auf die Redefreiheit von Mitgliedern der Universität, verhalten sich die meisten Forschenden, wie jüngst in Berlin, Hamburg oder Frankfurt, als ginge sie die Sache nichts an. Ihr Schweigen wirkt wie eine indirekte Bestätigung dafür, dass die Universität als Hort einer hohen, aktiv kultivierten Dissens-toleranz ausgedient hat.¹⁷ Vor allem aber erzeugt es die irreführende Außenwirkung, als stünden die politischen Brachialakteure aus der universitären Peripherie im Zentrum der Institution. Dadurch haben Rechtspopulisten umso leichteres Spiel, die Universität als politischen Betrieb für linksextreme Agitation und die Wissenschaft als Fortsetzung der progressiven Politik mit anderen Mitteln darzustellen.

17 Timothy Garton Ash, *Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt*. München: Hanser 2016.

Mit ihren Entrüstungssalven auf politische, mediale und wissenschaftliche Eliten treiben Rechtspopulisten die Politik unteilbarer Wertekonflikte, der sie ihren Aufstieg verdanken, selber auf die Spitze. Sie übertrumpfen den Moralismus progressiver Kräfte, indem sie ihre Gegner der Lüge, des Betrugs und der Korruption bezichtigen und ihnen damit jegliche Moralität und Legitimität absprechen. Populismus ist insofern hypermoralistisch, wobei die Geste des gerechten Zorns wiederum als Rechtfertigung für Respektlosigkeiten aller Art dient. Entrüstung und Tabubruch bilden komplementäre Aufmerksamkeitsstrategien, um politische Gegner zu skandalisieren und ihrerseits zu Gegenskandalisierungen zu provozieren. Damit suchen Populisten eine Polarisierungssymbiose mit Empörungsvirtuosen am anderen Ende des politischen Spektrums. Dass sie viel stärker als diese auf Tabubrüche angewiesen sind, ist letztlich auch der reaktionären Abhängigkeit von fremden Impulsen geschuldet. Der Gegenwartspopulismus kann, entgegen seiner eigenen Versprechungen, keine Alternativen zum Status quo aufzeigen. Er arbeitet sich an den Grenzen der progressiven Moral ab.

Die Abhängigkeit von der bestehenden Ordnung als strapazierfähiger Reibungsfläche zeigt sich gerade dort, wo Populisten in jüngerer Zeit an die Macht gekommen sind. Wiederkehrende Befürchtungen, die Demokratie stürze unter ihrem Regime ein wie ein Kartenhaus, erwiesen sich Mal für Mal als voreilig. Im Fall von Donald Trump oder Boris Johnson mag man dafür das Alter und die Stabilität der demokratischen Institutionen in den USA und Großbritannien verantwortlich machen.

Für Viktor Orbáns Ungarn und Jarosław Kaczyńskis Polen funktioniert diese Begründung nicht. Vielmehr zeigt sich hier, dass regierende Populisten selbst in jungen und instabilen Demokratien nicht anders können, als jenes System, gegen das sie permanent polemisieren, in seinen Grundstrukturen zu erhalten. Es ist die Voraussetzung dafür, dass sie ihre Politik der reaktionären Gegenmoral fortsetzen können. Populisten an der Macht verhalten sich also nicht, wie es der *Economist* darstellt, als Wolf im Schafspelz, der das demokratische Lamm reißt.¹⁸ Will man die Tiermetaphorik bemühen, müsste man eher von einem Wurm sprechen, der sich im Körper der Demokratie einnistet und durch seine Organe frisst, ihn aber nur so weit auszehrt, dass er am Leben bleibt und ihn weiter nährt.

Die »Kunst« der populistischen Regierungspolitik besteht darin, den Spielraum der Justiz, der Medien und der Oppositionsparteien gerade so weit einzuschränken, dass sie den eigenen Machterhalt kaum mehr gefährden, aber weiterhin eine propagandistische Projektionsfläche als angebliche

18 *Democracy's Enemy Within*. In: *Economist* vom 29. August 2019.

Herrschaftsbastionen des Establishments abgeben. Würde man sie gleichschalten, liefe das Repertoire der reaktionären Gegenmoral ins Leere. So kommt es, dass populistische Regimes kritische Gerichtsurteile, Medienberichte, Demonstrationen und selbst oppositionelle Wahlsiege in ihren Hauptstädten akzeptieren, um sie anschließend für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

Das populistische Gegenstück zur liberalen Demokratie lässt sich am ehesten als illiberale Demokratur beschreiben: ein widersprüchliches Mischgebilde, entstanden aus einem radikalen Verneinungsgestus ohne Ziel und Richtung, aber versehen mit einer spezifischen Funktion. Sie besteht darin, die Probleme der politischen Streitkultur, deren Symptom der Populismus ist, zu verschärfen. Die Frage ist, wohin das führt. Ist die Demokratie irgendwann so ausgehöhlt, dass sie ganz in eine Diktatur umkippt? Oder erschöpft sich vielmehr der Populismus an seiner eigenen Antipolitik, so dass sich die Demokratie an seiner Schwäche wieder aufrichten kann? Wir wissen es nicht, können es aber mit unserem eigenen Konfliktverhalten beeinflussen.